



Pressemitteilung

Berlin, 8. Juli 2019

HAUSANSCHRIFT Rosenthaler Str. 31 · 10178 Berlin
POSTANSCHRIFT Postfach 11 02 46 · 10832 Berlin
TELEFON +49 30 34646 – 2393
FAX +49 30 34646 – 2144
INTERNET www.wido.de
E-MAIL wido@wido.bv.aok.de

Pflege-Report 2019

Sicherstellung von Personal und Finanzierung drängt

Berlin. Bis 2030 werden allein aufgrund der Alterung der Bevölkerung zusätzlich rund 130.000 Pflegekräfte in der Langzeitpflege gebraucht. Das zeigt eine aktuelle Analyse, die das Wissenschaftliche Institut der AOK (WIdO) im Rahmen des Pflege-Reports 2019 durchgeführt hat. Dabei klafft schon heute eine Lücke zwischen der Zahl der benötigten Pflegekräfte und den tatsächlich vorhandenen. Hochgerechnet auf Vollzeitstellen pflegen und betreuen aktuell knapp 590.000 Pflegekräfte die gesetzlich versicherten Pflegebedürftigen. 2030 werden rund 720.000 Personen benötigt. Bis zum Jahr 2050 steigt der Bedarf auf insgesamt knapp 1 Million Pflegekräfte an. „Dabei sind weitere Einflüsse auf den Personalbedarf in unserer Projektion noch gar nicht abgebildet. So entwickelt sich die Zahl der Pflegebedürftigen regelmäßig deutlich schneller, als sich allein aufgrund der demographischen Entwicklung ergibt. Auch die bereits angekündigten Regelungen zur verbesserten Personalbesetzung in Pflegeheimen sind in diesen Zahlen noch nicht berücksichtigt“, sagt Dr. Antje Schwinger, Leiterin des Forschungsbereichs Pflege im WIdO und Mitherausgeberin des neuen Pflege-Reports.

Wie sich der Bedarf an Pflegefachpersonal in Zukunft entwickelt, hängt eng mit der Entwicklung der Pflegebedürftigkeit in Deutschland zusammen. Laut Pflege-Report waren 2017 ca. 4,6 Prozent der gesetzlich Versicherten auf Pflege angewiesen. Nach den Prognosen des WIdO wird ihr Anteil bis 2030 auf 5,5 Prozent ansteigen (Tab 1). 2050 werden sogar 7,4 Prozent der gesetzlich Versicherten auf Unterstützung durch die Pflegeversicherung angewiesen sein.

Diese Entwicklung ist aufgrund der jeweiligen Altersstruktur jedoch in allen Bundesländern unterschiedlich. 2017 reichte die Spanne des pflegebedürftigen Bevölkerungsanteils von 3,5 Prozent in Bayern bis 6,7 Prozent in Brandenburg. Für 2030 prognostiziert der Pflege-Report Anteile zwischen 4,1 Prozent in Bayern und 8,2 Prozent in Brandenburg, 2050 werden die Unterschiede noch größer. Hamburg hat danach mit nur 5,5 Prozent den niedrigsten Anteil an Pflegebedürftigen, in Brandenburg steigt dieser auf 11,1 Prozent (Abb 1). Damit legt der Anteil der zu pflegenden Bevölkerung in fast allen Bundesländern von 2017 auf 2050 um 60 bis 70 Prozent zu, lediglich in den Stadtstaaten fällt der Anstieg mit 40 Prozent geringer aus. „Alle Bundesländer müssen sich den absehbaren personellen Herausforderungen stellen, die mit der Entwicklung der Pflegebedürftigkeit zusammenhängen. Deswegen ist es wichtig, dass die von der Konzertierte(n) Aktion Pflege gesetzten positiven Impulse, beispielsweise

bei der Bezahlung und der Ausbildung, zügig aufgegriffen werden," so Antje Schwinger. Und weiter: „Unsere Prognosen belegen zugleich eindrucksvoll, dass bei der Pflege noch viele Herausforderungen zu bewältigen sind.“

Ungelöst sind auch die Fragen, wie die Finanzierung der Pflegeversicherung in Zukunft stabil aufgestellt werden kann und wie Pflegebedürftige vor finanzieller Überlastung geschützt werden. So sind die Ausgaben der sozialen Pflegeversicherung – ohne die Mittel für den Pflegevorsorgefond – in nur sechs Jahren von 23 Milliarden Euro im Jahr 2012 auf 40 Milliarden Euro im Jahr 2018 angestiegen. Bis ins Jahr 2022 ist nach einer Prognose des WIdO eine weitere Erhöhung auf rund 50 Milliarden Euro zu erwarten. Das entspricht einem Anstieg von 220 Prozent in nur 10 Jahren.

Zugleich werden im heute bestehenden Teilleistungssystem der Pflege alle Kosten für bessere Arbeitsbedingungen direkt an die Pflegebedürftigen durchgereicht, so dass deren Eigenanteile weiter ansteigen werden. Aktuelle Auswertungen des AOK-Pflegeheimnavigators zeigen, dass sie schon heute im Mittel für die stationäre Pflege im Heim ca. 740 Euro für pflegebedingte Ausgaben aus eigener Tasche zahlen, zuzüglich der Kosten für Unterkunft und Verpflegung sowie Investitionskosten – in Summe 1.900 Euro. Antje Schwinger warnt: „Wenn die Grundidee der sozialen Pflegeversicherung erhalten bleiben soll, nämlich das Pflegerisiko mit solidarischer Finanzierung substantiell abzusichern, dann brauchen wir zeitnah weitergehende Reformen.“ Dazu müsste auch geklärt werden, wie zukünftig die Versorgung gestaltet und die Inanspruchnahme von Leistungen gesteuert werden soll. „In Anbetracht des vorhandenen Personalengpasses und mit Blick auf die endlichen Finanzierungsoptionen der Pflege brauchen wir einen breiten gesellschaftlichen Diskurs, wie wir Pflege gestalten wollen“, so Schwingers Fazit.

Der Pflege-Report 2019 „Mehr Personal in der Langzeitpflege – aber woher?“ analysiert umfassend die Ursachen der Personalnot und die möglichen Maßnahmen, die ein quantitativ wie qualitativ ausreichendes Angebot an Pflegepersonal sicherstellen sollen. Zu den Ursachen gehören beispielsweise die hohen krankheitsbedingten Fehlzeiten. Sie entstehen durch die psychischen und physischen Belastungen in der Pflege, die häufig als beschwerend empfundenen Arbeitszeitlagen sowie das als nicht leistungsgerecht erlebte Einkommen. Die in den Fachbeiträgen diskutierten Ansatzpunkte, die Pflege wieder attraktiver zu machen und Pflegekräfte zu unterstützen, erstrecken sich u. a. auf Ausbildungsreform und -förderung, Prävention und Gesundheitsförderung für Pflegekräfte, Verbesserungen in der Arbeitsorganisation und Führungskultur, Technikeinsatz in der Pflege, verbesserte Personalquoten, Entlastung durch Zuwanderung und eine bessere Vergütung von Pflegekräften. Ergänzend zum Schwerpunkt werden in einem umfangreichen Datenteil empirische Analysen zur Entwicklung der Pflegebedürftigkeit in Deutschland sowie zur Inanspruchnahme verschiedener Pflegeformen bereitgestellt. Darüber hinaus liefert der Report wesentliche Einblicke über die gesundheitliche Versorgung der Pflegebedürftigen an den zentralen Schnittstellen der Arzneimitteltherapie, zum Krankenhaus und der ambulant-ärztlichen Versorgung.

Weitere Informationen und kostenloser Download des Buches unter www.wido.de.

Jacobs K, Kuhlmeier A, Greß S, Klauber J, Schwinger A (Hrsg.)

Pflege-Report 2019, Schwerpunkt: Mehr Personal in der Langzeitpflege – aber woher?

Springer, Berlin Heidelberg 2019.

Printausgabe: ISBN 978-3-662-58934-2, 350 Seiten; 53,49 €

E-Book: ISBN 978-3-662-58935-9; Open Access: <https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-662-58935-9>

Pressekontakt:

Wissenschaftliches Institut der AOK

Christine Göpner-Reinecke

Telefon +49 30 34646 – 2298

Fax +49 30 34646 – 332298

E-Mail presse@wido.bv.aok.de

Rezensionsexemplare:

Springer-Verlag

Uschi Kidane

Telefon +49 6221 487 – 8166

Fax +49 6221 487 – 68166

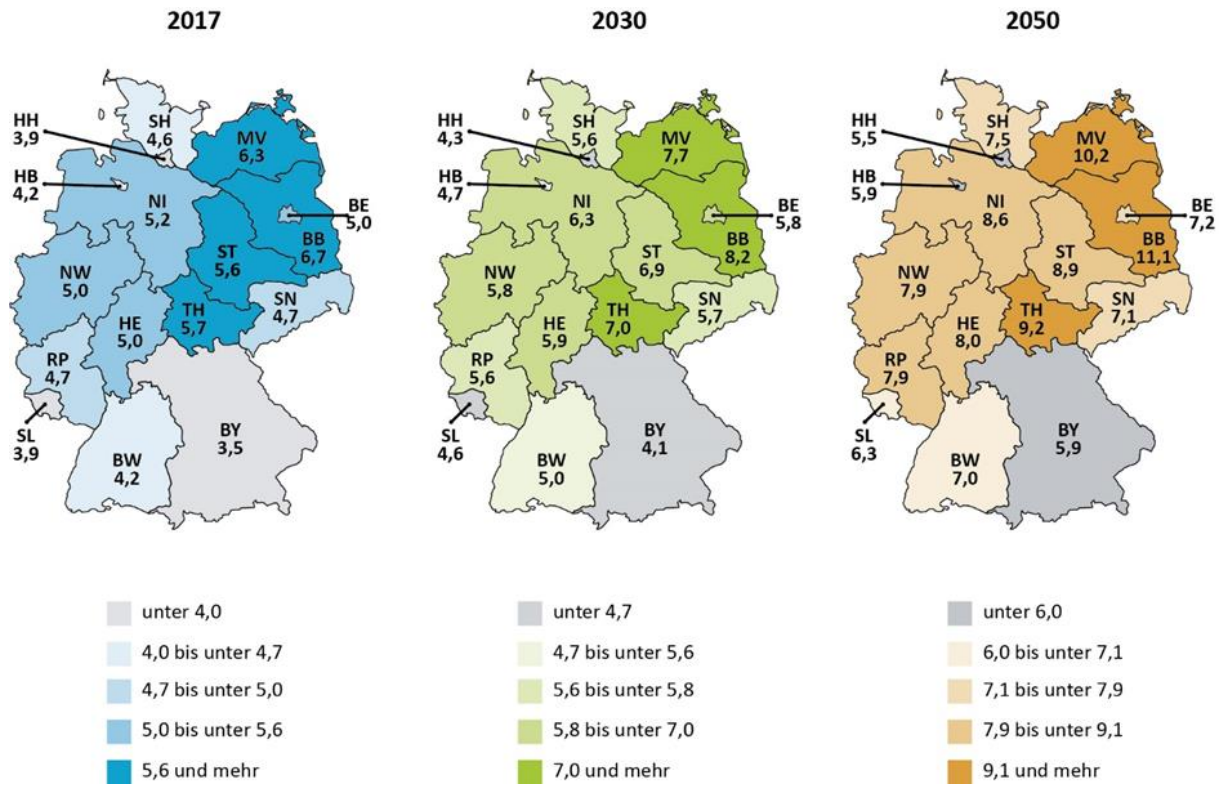
E-Mail uschi.kidane@springer.com

Tab 1: Pflegebedürftige und Pflegekräfte (in der Pflege und Betreuung tätig) 2017 bis 2050

		2017	2020	2030	2040	2050
Ambulante Pflege	Anzahl gesetzlich versicherte Pflegebedürftige in Mio.	2,54	2,67	2,96	3,33	3,75
	Anteil Pflegebedürftiger an allen gesetzlich Versicherten (Pflegeprävalenz)	3,5 %	3,7 %	4,1 %	4,7 %	5,5 %
	Personal in Vollzeitstellen ambulant (in der Pflege und Betreuung)	190.993	200.685	222.076	250.438	281.583
Stationäre Pflege	Anzahl gesetzlich versicherte Pflegebedürftige in Mio.	0,77	0,82	0,97	1,10	1,34
	Anteil Pflegebedürftiger an allen gesetzlich Versicherten (Pflegeprävalenz)	1,1 %	1,1 %	1,4 %	1,6 %	2,0 %
	Personal in Vollzeitstellen stationär (in der Pflege und Betreuung)	395.262	421.287	495.176	562.581	684.044
Insgesamt	Anzahl gesetzlich versicherte Pflegebedürftige in Mio.	3,32	3,50	3,92	4,43	5,09
	Anteil Pflegebedürftiger an allen gesetzlich Versicherten (Pflegeprävalenz)	4,6 %	4,8 %	5,5 %	6,3 %	7,4 %
	Personal in Vollzeitstellen insgesamt (in der Pflege und Betreuung)	586.255	621.972	717.252	813.019	965.628

Quelle: Pflege-Report 2019; Eigene Berechnungen auf Basis der amtlichen Statistik PG 2, KM 6 (BMG), der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Statistisches Bundesamt 2015) und der Pflegestatistik 2017 (Statistisches Bundesamt 2019)

Abb 1: Anteil Pflegebedürftiger an allen gesetzlich Versicherten (Pflegeprävalenz) 2017, 2030 und 2050 nach Bundesländern in Prozent



Quelle: Pflege-Report 2019; Eigene Berechnungen auf Basis der amtlichen Statistik PG 2, KM 6 (BMG), der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Statistisches Bundesamt 2015) und der Pflegestatistik (Statistisches Bundesamt 2019 und Statistische Landesämter 2019)